

ZDS-Resolution zur Biogas-Förderpolitik

(verabschiedet in der ZDS-Mitgliederversammlung am 11. Mai 2010)

"Keine Biogasförderung zu Lasten der Schweinehaltung"

Trotz schwieriger Marktbedingungen ist die Schweinehaltung nach wie vor ein interessanter Betriebszweig. Durch die kontinuierliche Steigerung der Produktion haben die deutschen Schweinehalter in den letzten Jahren ihre Kompetenz und ihre Wettbewerbskraft eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Hiermit sind ein gravierender Strukturwandel und wachsende Anforderungen an die unternehmerische Betriebsleiterqualifikation verbunden. Eine zunehmende Verschlechterung der politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen führt allerdings leider zu einer sinkenden Attraktivität und zu abnehmendem Interesse junger Landwirte an Investitionen in die Schweinehaltung, speziell die Ferkelerzeugung. Das betrifft im Wesentlichen die Umwelt- und Tierschutzpolitik.

So wird z. B. der Bau neuer, tier- und umweltfreundlicher Ställe oft durch langwierige, kostenträchtige Genehmigungsverfahren, verbunden mit einer ablehnenden Grundstimmung der örtlichen Behörden und Bevölkerung, erschwert.

Die umweltfreundliche Begrünung bestehender Anlagen und die Schaffung von Biotopen als Ausgleichsmaßnahme entwickeln sich zum Bumerang, d. h. zum Hinderungsgrund für Erweiterungsinvestitionen. Zur Verunsicherung der Schweinehalter führen auch Tierschutzorganisationen mit z. T. illegalen medienwirksamen Aktionen und mit Forderungen nach nationalen Alleingängen im Tierschutz, die Wettbewerbsverzerrungen für die deutschen Schweinehalter zur Folge haben.

Vor diesem Hintergrund ist die Gewinnung von Bioenergie als Betriebszweig eine interessante Investitionsalternative zur Absicherung des bäuerlichen Familieneinkommens. Das gilt insbesondere für die Biogaserzeugung. Sie bietet die Möglichkeit der Verwertung von Gülle und sonstigen Nebenprodukten oder Reststoffen zur Energiegewinnung sowie zur Wärmenutzung für die kostengünstige Beheizung von Ställen und Wohngebäuden.

Leider führt die staatliche Förderpolitik zu einer Flächenkonkurrenz zwischen den Betriebszweigen Schweinehaltung und Biogas, wobei diese Situation durch überbetriebliche Großanlagen nicht landwirtschaftlicher Investoren verschärft wird.

Es zeichnet sich ab, dass Schweinehalter bei Pachtverhandlungen – bedingt durch die Förderung der Bioenergie – von Betreibern dieser Anlagen überboten werden und somit die erforderliche Fläche für die Futtermittelversorgung und für die Gülleausbringung verlieren. Mit großer Sorge sieht der ZDS, dass landwirtschaftliche Schweinehalter durch die staatliche Biogasförderung verstärkt in die gewerbliche, flächenunabhängige Produktion gedrängt werden, bei gleichzeitiger Forcierung des Strukturwandels. Damit droht u. a. der Verlust landwirtschaftlicher Privilegien, wie z. B. des Bauens im Außenbereich. Hinzu kommt die Verknappung von Düngeflächen für die Ausbringung von Gülle und Dung durch zusätzlich auszubringende Substratmengen aus der Biogaserzeugung.

Der ZDS appelliert an den Gesetzgeber, die langfristige Nachhaltigkeit der Bioenergiepolitik sicherzustellen und die Förderung der Bioenergie nicht zu Lasten der Schweinehaltung zu betreiben. Es ist auf Dauer nicht vertretbar, wenn die Biogasgewinnung von staatlichen Fördermaßnahmen profitiert und hieraus innerlandwirtschaftlich ein ungleicher Wettbewerb resultiert. Die Biogasförderung darf die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Veredlungswirtschaft nicht gefährden und sie darf nicht zur Abwanderung dieses Betriebszweiges zu den großen Energieversorgern oder zu nicht landwirtschaftlichen Investoren führen.